

### Nobelpreisträgerin hungert

Die burmesische Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi, 47, Symbolfigur für den Kampf um Menschenrechte, ist in Lebensgefahr. Nach Angaben ihres in Oxford lehrenden Mannes, des Tibetforschers Michael Aris, ist sie offenbar in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um die regierende Militärjunta zu einem Dialog zu bewegen. Seit dreieinhalb Jahren steht die Politikerin und Tochter des burmesischen Freiheitshelden Aung San unter strengstem Arrest im Haus ihrer Familie in Rangun, wo sie nur eine Dienstpersion und einen Bewacher vom Geheimdienst um sich hat. Ihre Partei, die Nationale Liga für Demokratie, hatte bei freien Wahlen im Mai 1990 über 80 Prozent der Parlamentssitze gewonnen. Die Militärs ignorierten das Ergebnis und blieben an der Macht. 2000 Oppositionelle sitzen im Gefängnis. Suu Kyi, die seither nur einmal ihren Mann und ihre Kinder empfangen



Suu Kyi

durfte, ist 1991 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Nach Aris' Angaben gehen ihr die Mittel aus, sich mit Nahrung und Medikamenten zu versorgen: Hilfe von außen verweigert sie. Ihren Mann hat die Gefangene gebeten, von einem Besuch abzusehen. Die Nobelpreis-Summe in Höhe von einer Million Dollar spendete Suu Kyi einer Stiftung zur Förderung von Gesundheit und Erziehung des burmesischen Volkes.

### Freieres Königsberg

Die Stadtväter von Kaliningrad, dem ehemaligen deutschen Königsberg, wollen in Moskau für mehr Autonomie kämpfen. Ein Gesetzentwurf, der vom Moskauer Parlament noch genehmigt werden muß, sieht vor, daß die regionalen Machthaber mehr Entscheidungsfreiheiten im Handel mit dem Ausland sowie in Steuer- und Visafragen bekommen. Von mehr Selbständigkeit verspre-

## Ungarn: Kampf gegen Skins

Erster Massenprozeß gegen jugendliche Rechtsradikale

Auch Ungarn versucht sich jetzt im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Im ersten Neonazi-Prozeß seit der Wende verurteilte ein Gericht in Budapest neun jugendliche Skinheads wegen schwerer Körperverletzung und Störung der öffentlichen Ordnung zu Haftstrafen zwischen anderthalb und zwei Jahren. 39 weitere Angeklagte kamen mit Bewährung davon. Die 48 jungen Männer waren für schuldig befunden worden, Afrikaner, Araber und Zigeuner grundlos angegriffen und zum Teil schwer verletzt zu haben.

Übergriffe auf Ausländer – wenngleich nicht so zahlreich und so gewalttätig wie in Deutschland – nehmen auch in Ungarn zu. Ende Juli starb in Budapest ein 32jähriger Arbeitsloser, nachdem er im Hauptquartier des rechtsextremen „Nationalen Bundes der Ungarn“ tagelang gefoltert worden war. Anfang November wurde der Zigeuner Zoltán Dányi in Salgótarján in Nordungarn von zwei Skinheads auf offener Straße überfallen und erschlagen.

Allerdings haben auch die Rambos schon Blut lassen müssen. Im Januar griff ein nigerianischer Student bei einer Massenkeilerei an der U-Bahn-Station Kispest in Budapest zum Messer und streckte einen Skinhead nieder. Das Opfer starb kurz darauf im Krankenhaus. Der Tatort dient seither als Ziel wallfahrender Patrioten aus dem ganzen

Land, die hier einen „ungarischen Märtyrer“ (so eine Kreuzunterschrift) betrauern.

Ihren denkwürdigsten Auftritt hatten die Ultras am 23. Oktober, dem Tag des Gedenkens an den Aufstand von 1956. Auf dem Budapester Kossuth-Platz, direkt vor dem Parlamentsgebäude, hinderten sie Staatspräsident Árpád Göncz mit Lärmterror daran, seine Festrede zu halten.

Ein Teil der Krawallmacher trug Skinhead-Kluft. Andere waren mit Armbin-

den und Mützen als Anhänger der faschistischen Pfeilkreuzler-Bewegung ausgewiesen, die gegen Ende des Zweiten Weltkriegs unter dem Patronat Nazi-Deutschlands Jagd auf ungarische Juden machte.

Das Budapester Massentribunal wird auch als politisches Signal ans Ausland verstanden. Regierungschef Jozsef Antall braucht Distanz zu seinem Parteifreund István Csurka, dem ultrarechten Vize des „Ungarischen Demokratischen Forums“. Antall und Csurka sind einan-



Ungarische Skinheads